Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

136 (14.6.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 16101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 136 — **Dienstag, den 14. Juni 1932** — **103. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Die neuen Notverordnungen werden am Dienstag der Oeffentlichkeit übergeben, der Inhalt des finanziellen Teils ist halbamtlich bereits bekantgegeben.

*

In einem Erlaß über die Inanspruchnahme des Rundfunks behält die Reichsregierung sich vor, den Rundfunk täglich eine halbe Stunde für Vorträge über Aufgaben und Absichten der Regierung in Anspruch zu nehmen.

*

Das Reichskabinett beschäftigte sich mit der Vorbereitung der Lausanner Konferenz.

*

In Ostaustralien glaubt man Spuren von dem verschollenen Ozeanflieger Bertram und seinem Begleiter gefunden zu haben.

*

In Rumänien sind Senat und Kammer aufgelöst worden.

*

Die Führung des chilenischen Junta hat anstelle des zurückgetretenen Dr. Davila der Oberst bei der Fliegertruppe, Marmaduke Grove, übernommen.

*

Die „Bayerische Staatszeitung" bemerkt in einem Kommentar zur Berliner Aussprache, daß „die süddeutschen Regierungen jede Verantwortung für die neue Notverordnung ablehnen".

*

Nach dem „Börsenkurier" wird der Reichshaushalt, der in Einnahme und Ausgabe mit etwa 8,2 Milliarden Mark abschließen wird, in der nächsten Woche im Reichsrat beraten werden.

*

Die Beratungen des Reichskabinetts über die Finanzmaßnahmen wurden in den Abendstunden des Montag abgeschlossen; die entsprechende Notverordnung wird heute veröffentlicht werden. Die Beratungen über die politische Notverordnung sind dagegen noch nicht beendet.

Die finanzielle Notverordnung

Ihre Bedeutung — Die neuen Maßnahmen zum Ausgleich des Reichshaushalts

Berlin, 13. Juni. Wie wir erfahren, werden die Notverordnungen am Dienstag abend der Oeffentlichkeit übergeben werden. Die wichtigste ist naturgemäß die über die finanziellen Maßnahmen. Ihre Bedeutung liegt diesmal darin, daß sie die Basis für die Stabilisierung des neuen Reichshaushalts liefert, und darüber hinaus in der Tatsache, daß die Abwendung einer bedrohlichen Kassenlage nur auf der Grundlage des Etatsausgleichs möglich ist.

Die Schwierigkeiten der Finanzlage haben ihre Hauptursache in einem Sozialetat, bei dem die Ausgaben infolge des ungeheuren Anwachsens der Arbeitslosigkeit immer stärker angeschwollen sind, und zwar im Jahre 1931 auf die bereits häufig genannte Summe von 3 Milliarden. Bei gleichbleibender gesetzlicher Regelung dürfen im Etatjahre 1932 über 3,5 Milliarden notwendig sein. Da die erforderlichen Mittel nicht vorhanden sind, ist die Reichsregierung gezwungen, diese Ausgaben innerhalb der Grenzen des Jahres 1931 zu halten, **also rund eine halbe Milliarde einzusparen.** Dazu sind eine Reihe von Maßnahmen erforderlich, die im wesentlichen auf eine **Anpassung der Sätze der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge auf den Durchschnitt der Wohlfahrtsunterstützung** hinauslaufen. Von besonderem Interesse ist dabei noch, daß auch bei der Arbeitslosenversicherung nach 6 Wochen die Bedürftigkeitsprüfung eintritt.

Die Deckung des Sozialetats wird folgendermaßen geregelt: Die Beiträge der Arbeitslosenversicherung belaufen sich auf 1386 Millionen, der Reichszuschuß ist auf 860 Millionen im Jahre 1931 angesetzt. Der Anteil der Gemeinden müßte von 870 auf 680 Millionen herabgesetzt werden. Das ist nach Auffassung der zuständigen Reichsstellen das höchste, was die Gemeinden überhaupt aufbringen können. Zusammen ergeben diese drei Beträge rund 2,6 Milliarden, sodaß **also immer noch rund 400 Millionen fehlen.** Sie sollen durch eine **Abgabe für die Arbeitslosenhilfe, Beschäftigungssteuer,** aufgebracht werden. Diese Abgabe wird aus Gründen der technischen Vereinfachung **mit der Krisenlohnsteuer zusammengelegt.** Diese **kombinierte neue Steuer** wird so gestaffelt, daß **die Sätze der Krisenlohnsteuer um 1,25 Prozent erhöht werden.** Bei einem Arbeitslohn bis zu jährlich 1500 Mark, der bis jetzt von der Krisensteuer befreit war, sind 1,5 Prozent im Monat zu zahlen, von 1500—3600 Mark 2,5 Prozent, über 3600 Mark 3,25 Prozent. Auch für die höheren Gehälter werden die Sätze entsprechend denen der Krisenlohnsteuer so gestaffelt, daß jeweils eine Erhöhung um 1,5 Prozent eintritt, und zwar bis zu einer obersten Stufe von 6,5 Prozent. Für die Beamten beträgt die neue Belastung einheitlich 1,5 Prozent.

Zu den Einzelmaßnahmen, die zur Herabsetzung der Ausgaben des Sozialetats notwendig sind, gehört auch noch eine **20prozentige Kürzung der Renten für ledige und kinderlose Leichtbeschädigte und die Begrenzung der Kinderzuschläge von Waisenrenten auf das 15. Lebensjahr,** wenn nicht Gebrechlichkeit oder Berufsausbildung die Weiterzahlung herbeiführen. Diese beiden Maßnahmen bringen 10 und 20, zusammen also 30 Millionen Ersparnis. Ebenfalls ist eine **Kürzung der Unfallrenten** erforderlich geworden.

Die weiteren Maßnahmen zum Ausgleich des Reichshaushalts beziehen sich auf folgendes: Bei der **Umsatzsteuer** fällt in Zukunft die **Freigrenze** von 5000 Mark. Die Umsatzsteuer hat im Jahr 1931 995 Millionen gebracht und ist im Etat 1932 mit 1820 Millionen eingestellt. Die Freigrenze war seinerzeit eingeführt worden, weil die Umsatzsteuerfälle auf diese Weise auf die halbe Anzahl vermindert wurden. Der Ausfall, der dieser verwaltungsmäßigen Vereinfachung gegenüberstand, hat sich nach Erhöhung der Steuer weit mehr als verdoppelt. Die Freigrenze bot wohl auch häufig die Möglichkeit zu Umgehungen. Da der Umsatzposten schon wegen der Verminderung durch Wirtschaftsschrumpfung ohnehin der risikoreichste Etatsansatz ist, bleibt nach Auffassung der maßgebenden Stellen nichts anderes übrig als die Freigrenze aufzuheben, um mit verhältnismäßiger Sicherheit in das Etatsjahr 1932 hineingehen zu können.

Außerdem enthält die Notverordnung die **Wiedereinführung der Salzsteuer,** die vor dem Kriege bereits bestand und auch in allen anderen Ländern besteht. Die Wiedereinführung erfolgte in der alten Höhe von **6 Pfennig pro Pfund.** Die Salzsteuer wird 60—70 Millionen bringen. Das macht also eine Belastung von rund einer Mark im Jahr auf den Kopf der Bevölkerung. Die Salzsteuer soll die Möglichkeit schaffen, im Etat 50 Millionen für die Siedlung einzusetzen, während für sie bisher keinerlei Mittel vorgesehen waren. Dieser Betrag ist schon deshalb notwendig, weil verhindert werden muß, daß das bereits begonnene Siedlungsvorhaben stecken bleibt.

Die **Neuordnung der sozialen Ausgaben** nimmt betont Rücksicht auf die außerordentlich schwierige **Lage der Gemeinden.** Bliebe es bei der alten Regelung, so hätten sie im neuen Etatsjahr 1350 Millionen für die Arbeitslosenzwecke aufzubringen. Da das Reich von ihnen aber nur 680 Millionen erwartet, ist es ihm also mit 670 Millionen entgegengekommen. In den letzten Monaten sind ihnen bereits 70 Millionen zugeführt worden, sodaß noch 600 Millionen zu verteilen sind. Die Verteilung erfolgt nach einem besonders verfeinerten einheitlichen Schlüssel, der die schwierigen Fälle überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit berücksichtigt. Auf der anderen Seite erwartet das Reich von den Gemeinden allerdings eine möglichst sparsame und ordnungsmäßige Wirtschaftsführung. **Deshalb werden künftig nur solche Gemeinden bedacht, die eine Kassen-, Haushalts- und Rechnungsordnung eingeführt haben.** Damit wird die Linie des Kabinetts Brüning in der Richtung einer **Ordnung der Gemeindefinanzen** weitergeführt. Die neue Notverordnung geht sogar so weit, zu bestimmen, daß künftig die Fertigstellung eines ausgeglichenen Haushalts nicht durch Beschlüsse der Gemeindevertretungen erschwert oder unmöglich gemacht werden kann, denen die Deckung fehlt. Erhöht also die Gemeindevertretung Haushaltsansätze ohne Deckung, so kann die Gemeindeverwaltung Einspruch erheben, der unbedingt Geltung hat. Aehnliche **Sparvollmachten** werden für die Behandlung von Stellenfragen und für den Fall gegeben, daß eine Gemeindevertretung aus irgend welchen sonstigen Gründen keinen ausgeglichenen Haushalt zustande bringt. Es ist übrigens auch Vorsorge getroffen, daß die Maßnahmen zugunsten der Gemeinden von den Ländern nicht beim Finanzausgleich wieder gefährdet wird.

Der **Gesamthaushalt des Reichs** ist in dieser Notverordnung nicht enthalten. Er geht vielmehr dem Reichsrat so schnell wie möglich zur Beratung zu. Er **balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 8,2 Milliarden.** Um den Ausgleich vollständig zu machen, wird mit den Ressorts übrigens noch über weitere Abstriche in den verwaltungsmäßigen Ausgaben verhandelt, die unter allen Umständen durchgeführt werden.

Weitere Aussprache des Kanzlers mit den süddeutschen Regierungschefs

Berlin, 13. Juni. Wie wir erfahren, hat nach dem Empfang beim Reichspräsidenten Sonntagmittag in der Reichskanzlei noch eine einstündige, also ebenfalls recht eingehende Aussprache zwischen den drei süddeutschen Regierungschefs und dem Reichskanzler stattgefunden. Von unterrichteter Seite wird dazu erklärt, daß die Aussprache über die Probleme, die beim Reichspräsidenten behandelt worden waren, in dieser Besprechung noch vertieft wurde. Auch diese Zusammenkunft bestätigt den Eindruck, daß es gelungen ist, an die Stelle der Spannung zwischen den Ländern und dem Reich immerhin eine gewisse Beruhigung zu setzen. Dabei wird aus Kreisen, die den beteiligten Ländervertretern nahestehen, allerdings kein Hehl daraus gemacht, **daß in der Frage der Aufhebung des SA.-Verbots der Standpunkt der süddeutschen Länder auch weiter von dem der Reichsregierung abweicht.** Von der gleichen Seite wird die Situation dahin gekennzeichnet, daß die Länder nun zunächst einmal abwarten werden, wie sich die Reichsregierung zu ihnen stellt.

Die Beratungen des Reichskabinetts

Berlin, 13. Juni. Das Reichskabinett beschäftigte sich Montag vormittag mit der **Vorbereitung der Lausanner Konferenz.** Nach eingehenden Darlegungen der beteiligten Reichsminister wurde eine völlige Einmütigkeit des Reichskabinetts über die von der deutschen Delegation einzunehmende Haltung festgestellt.

Die **Stellvertretung des Reichskanzlers** während seiner Abwesenheit in Lausanne übernimmt der Reichsinnenminister Freiherr von Gayl.

*

Eine Zwischenlösung bringt keine Gesundung

Berlin, 13. Juni. In den Erörterungen der englischen und französischen Presse über die bevorstehende Lausanner Konferenz, die im wesentlichen einen stark optimistischen Charakter tragen, sieht man in hiesigen politischen Kreisen **eine beabsichtigte Stimmungsmache;** es wäre verfehlt, daraus voreilige Schlüsse über die englische und französische Haltung zu ziehen.

Der **deutsche Standpunkt** ist entsprechend der Regierungserklärung des Kabinetts von Papen völlig **eindeutig festgelegt** in seinen Forderungen nach **Wiederherstellung der vollen Gleichberechtigung** Deutschlands, der Schaffung der politischen Freiheit und der wirtschaftlichen Wiedergesundung der Welt. Für uns ist selbstverständlich das vordringlichste Problem die Regelung der Reparationsfrage. Daneben wird sich die Konferenz von Lausanne aber auch mit den Fragen der interalliierten Schulden zu beschäftigen haben und mit dem Gesamtproblem der Weltwirtschaftskrise, in das diese beiden Fragenkomplexe hineingreifen. Man kann nach der Auffassung hiesiger politischer Kreise irgend eine Lösung dieser ganzen Frage nur dann als definitiv bezeichnen, wenn sie wirklich zu einer umfassenden **Gesundung der Weltwirtschaft beiträgt. Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet** können Zwischenlösungen irgendwelcher Art nicht als Mittel zur Wiedergesundung angesehen werden.

Die Kabinettsmaßnahmen über die Finanzmaßnahmen abgeschlossen.

T.U. **Berlin,** 13. Juni. Die Beratungen des Reichskabinetts über die finanzpolitischen Maßnahmen dauerten bis in die späten Abendstunden und wurden gegen 21,30 Uhr abgeschlossen. Die entsprechende Notverordnung wird morgen dem Reichspräsidenten zur Unterschrift vorgelegt und dann der Oeffentlichkeit übergeben werden.

Die Beratungen über die politische Notverordnung wurden noch nicht beendet.

*

Reichshaushalt nächste Woche vor dem Reichsrat.

T.U. **Berlin,** 13. Juni. Wie der „Börsenkurier" meldet, wird der Reichshaushalt in Einnahme und Ausgabe mit etwa 8,2 Milliarden abschließen. Er werde damit rund 1,2 Milliarden niedriger liegen als der Haushalt des Jahres 1931. Der Haushalt gelte rückwirkend ab 1. April, umfasse also formell das ganze Haushaltsjahr. Die Reichsratsausschüsse wollen am kommenden Montag ihre Beratungen beginnen. Am Samstag, den 25. Juni oder spätestens Montag, den 27. Juni solle dann der Gesamthaushalt in einer öffentlichen Vollsitzung des Reichsrates verabschiedet werden. Erst dann werde der Haushalt und zwar auf Grund der Beschlüsse des Reichsrates von der Reichsregierung durch Notverordnung in Kraft gesetzt werden, so daß er rechtzeitig am 1. Juli in Kraft treten könne.

Inanspruchnahme des Rundfunks durch die Regierung

Berlin, 13 Juni. Der Reichsinnenminister hat im Einvernehmen mit dem Reichspostminister einen Erlaß über die Inanspruchnahme des Rundfunks durch die Reichsregierung herausgegeben. **Die Reichsregierung behält sich in diesem Erlaß vor, den Rundfunk täglich eine halbe Stunde lang innerhalb der Stunde von 18.30 bis 19.30 Uhr für Vorträge in Anspruch zu nehmen, in denen die Aufgaben und Absichten der Regierung erläutert werden sollen.** Die Durchführung dieser Regierungsvorträge im einzelnen wird von der Dradag geleitet werden. Die Vorträge sollen über den Deutschlandsender gehalten und auf alle Sendegesellschaften übertragen werden.

Dr. Luther zur deutschen Währung

Basel, 13. Juni. Am Sonntag nachmittag traten die Notenbankleiter am Sitze der BIZ. zur üblichen inoffiziellen Vorbesprechung der auf der Tagesordnung der Verwaltungsratssitzung der BIZ. stehenden Probleme zusammen. Im Rahmen der Besprechung orientierte Reichsbankpräsident Dr. **Luther** die Notenbankleiter über die **Absichten der neuen deutschen Regierung auf dem Gebiete der Währungspolitik, wobei er die ausdrückliche Feststellung machte, daß die Reichsbank im Einvernehmen mit der Reichsregierung nach wie vor zur Aufrechterhaltung der Markstabilität entschlossen sei.**

*

Basel, 13. Juni. In Anwesenheit des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther trat der Verwaltungsrat des BIZ. zu seiner 22. Sitzung zusammen. In der nur kurzen Beratung wurde u. a. Kenntnis genommen von der Verlängerung des der Deutschen Reichsbank gegebenen **Rediskontkredites,** der nach der Zustimmung der beteiligten Banken bis zum 5. September ds. Js. läuft. Der Verwaltungsrat beschäftigte sich ferner mit der Lage in Oesterreich und Ungarn ohne besondere Beschlüsse zu fassen. Er beauftragte die Bankleitung, die Fragen weiter zu studieren.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Vor Lausanne

Während in Deutschland der Aufmarsch der Parteien für den kommenden Reichstagswahlkampf vollzogen wird und in Berlin unter ziemlich unerfreulichen Umständen der bewegt verlaufene Meinungsaustausch zwischen der neuen Reichsregierung und den Ministerpräsidenten der Länder stattgefunden hat, ohne die übliche Einigung zu finden, ist die Lausanner Konferenz fällig geworden. Die Vorkonferenz für Lausanne, die am Sonntag in Paris stattfand, zwischen England und Frankreich, hat keine Klarheit über die Lösung der Tributfrage gebracht, wenn auch die amtliche Auslassung von einer „Gemeinsamkeit der Auffassungen", von einer „gerechten und wirksamen Lösung" spricht. Das ist spärlich und unbestimmt, und nur eines ist sicher: Die Befriedigung in Paris rührt daher, daß England in Lausanne nicht die völlige Streichung der Kriegsschulden vorschlagen, sich vielmehr mit einer vorläufigen Verlängerung des Zahlungsaufschubes für Deutschland zufrieden geben will. Dadurch hat Frankreich seinen Standpunkt durchgesetzt, daß für Deutschland die Zahlungspflicht weiterbesteht. Die Zahlungsaussetzung soll aber nur für sechs Monate verlängert werden und überdies die Verpflichtung in sich schließen, daß auch Deutschland sich an einem gemeinsamen Ersuchen der europäischen Mächte um Streichung sämtlicher Kriegsschulden bei Amerika beteiligen soll.

Ob in Paris für Lausanne noch mehr vereinbart wurde, steht dahin. Besprochen wurde noch die Abrüstung und die Hilfeleistung für Oesterreich. Die Auslassungen der englischen und französischen Blätter zur Tributfrage zeigen, daß alles noch in der Schwebe ist, aber auch, daß uns Lausanne die endgültige Befreiung von den Kriegstributen nicht bringen wird, daß die „letzten hundert Meter vor dem Ziel", wie Dr. Brüning sagte, zu früh abgesteckt waren.

Worum geht es denn in Lausanne? Nur um Geldfragen, die längst keine Fragen des Wollens, sondern nur mehr Fragen des Könnens sind? Und um deren Lösung der deutsche Staatsbürger, der freilich an privaten Sorgen gerade keinen Mangel leidet, sich daher nicht zu kümmern braucht? Nicht doch, es geht in Wahrheit um viel mehr. Es geht darum, ob der Krieg nach dem Kriege nun endlich ein Ende haben soll, oder ob die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln, wie dies durch das Versailler Diktat vierzehn Jahre lang möglich war, auch für die Zukunft unbegrenzt weitergehen soll. Es geht darum, ob uns — dieweilen wir ersichtlich nicht mehr können — wieder einmal eine Atempause bewilligt werden soll, oder ob mit diesem ganzen, infamen System der Vivisektion eines Sechzig-Millionen-Volkes radikal gebrochen werden soll. Man sollte meinen, das wäre schon eine Frage, die den Nächstbeteiligten, das Versuchskaninchen Deutschland nämlich, in diesen Tagen der Entscheidung einigermaßen beschäftigen sollte! Aber man merkt bei uns nicht viel davon.

*

Pariser Stimmen

Die französisch-englischen Besprechungen werden von der Pariser Presse im allgemeinen günstig, wenn auch hinsichtlich ihres Ergebnisses zurückhaltend, beurteilt. „Petit Parisien" meint, daß man sich außerordentlich um eine Verständigung über die in den kommenden Verhandlungen zu befolgenden Methoden bemüht habe. „Journal" ist etwas abwartender. Erst in Genf und Lausanne, schreibt das Blatt, werde man das wahre Ergebnis der Pariser Besprechungen feststellen können. Der wesentliche Satz des Communiques sei der, in dem erklärt werde, daß die Gemeinsamkeit der Ansichten zwischen den englischen und den französischen führenden Kreisen einen glücklichen Abschluß der Verhandlungen von Lausanne und Genf voraussehen ließe. Etwas präziser wird in seinen Ausführungen der Außenpolitiker des „Echo de Paris": Was das **österreichische Problem"** anlange, so sei die französische Regierung geneigt, zu der von Oesterreich geforderten Hilfe am meisten beizutragen. Aber Herriot und Martin seien sich klar geworden, daß sie Oesterreich nicht Geld geben und gleichzeitig den Forderungen der französischen Alliierten, Südslawien, Rumänien usw. gegenüber taub bleiben könnten. Daher verlange die französische Regierung, **daß die österreichische Anleihe einen Teil eines allgemeinen Planes der Sanierung der Donauländer bilde.** Macdonald habe sich überdies, so schreibt das Blatt, dafür stark gemacht, Deutschland zu einer Erklärung über seine friedlichen Absichten gegenüber Polen zu bewegen. Aber er habe sich besonnen, weil er gemeint habe, ein derartiges Dokument würde ihm verweigert werden. Das Herriot nahestehende Organ „Ere Nouvelle" äußert sich zu den französisch-englischen Besprechungen: Es scheint, daß die Engländer genau wie wir begriffen haben und zugeben, **daß von der Streichung der geschützten Annuitäten solange keine Rede sein kann, solange Amerika ein gleiches nicht für die Kriegsschulden tut.** Es scheint ebenfalls sicher zu sein, daß die Englander gefühlt haben, welcher Abbruch dem internationalen Vertrauen und damit dem Frieden selbst getan würde, wenn man den Begriff von der Achtung der Verträge nicht intakt ließe.

*

Londoner Echo

Die hoffnungsvolle Note, die zu den Pariser Besprechungen von der Sonntagspresse angeschlagen wurde, klingt auch in den Aeußerungen der Londoner Blätter wieder, wenn auch verschiedentlich vor übertriebenen Erwartungen gewarnt wird. Die Pariser Korrespondenten der Londoner Blätter erwarten, **daß in Lausanne eine Verlängerung des Moratoriums um sechs Monate vorgenommen werden wird, und daß Frankreich in Genf zu einer Verminderung seines Heeresbudgets um 10 Prozent sich bereit erklären wird.**

„Times" sagt in einem Leitartikel: Ein neuer Geist scheine eingezogen zu sein, und meint weiter: Von Lausanne wird wenig mehr als eine zeitweilige Regelung erwartet bezw. für möglich gehalten, angesichts der letzten Aeußerungen der amerikanischen Regierung über die Kriegsschulden und angesichts der durch den Regierungswechsel in Deutschland geschaffenen Lage. Daß Deutschland weder in diesem noch im nächsten Jahre Reparationen bezahlen kann, und die Tatsache, **daß kein deutscher Staatsmann die Verantwortung übernehmen wird, zu sagen, daß die Zahlungen wieder aufgenommen werden können, betrachtet man nicht länger als willkürliche und einseitige Verleugnung der Haager Vereinbarungen, sondern als durchaus vernünftig.** „Daily Mail" sagt, die Aussichten seien ein wenig besser. Aber England dürfe nicht auf Reparationen und Kriegsschulden verzichten, solange es an Amerika weiterbezahlen müsse. „Daily Herald" verlangt Wiedergutmachung der Fehler von Versailles durch Beseitigung der Schulden und der Rüstungslasten. „News Chronicle" sagt, das Terrain für Lausanne werde sorgfältiger und erfolgreicher vorbereitet, als es bei irgend einer internationalen Konferenz der neueren Zeit der Fall gewesen sei.

*

Macdonald, Simon, Herriot und Boncour in Genf eingetroffen.

T.U. **Genf,** 13. Juni. Der englische Ministerpräsident Macdonald mit seiner Tochter Isabell und der französische Ministerpräsident Herriot trafen mit dem Außenminister Simon, dessen Gattin, dem französischen Kriegsminister Paul Boncour und einem großen Stab Beamten des Außenamtes und der verschiedenen Ministerien mit dem fahrplanmäßigen Pariser Schnellzug heute abend in Genf ein. Herriot und Macdonald beabsichtigen, am Mittwoch nach Lausanne weiterzufahren. Mittwoch abend ist eine erste Besprechung der sechs einladenden Mächte der Lausanner Konferenz England, Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien und Japan vorgesehen, in der das Arbeitsprogramm der Konferenz beraten werden soll. Die Wahl des Präsidenten der Konferenz steht noch nicht fest. Man nimmt jedoch an, daß Macdonald gewählt werden wird. Generalsekretär der Konferenz ist Sir Maurice Hankey, der bereits Generalsekretär der verschiedenen Haager Konferenzen war. Bisher sind 500 Pressevertreter zur Konferenz angemeldet.

Verkoppelung der Tributfrage mit der Sicherheitsfrage? Schwierige Lausanner Verhandlungen zu erwarten.

T.U. **Genf,** 13. Juni. In internationalen Kreisen verstärkt sich Montag abend nach dem Eintreffen Macdonalds und Herriots der Eindruck, daß in den Pariser Besprechungen in großen Linien ein Kompromiß erwogen worden ist, das die Tributfrage eng mit der Abrüstungsfrage verbindet. Während bisher die französische Regierung die Abrüstungsfrage von der Lösung der Sicherheitsfrage abhängig machte, sollen jetzt englischerseits Versuche im Gange sein, die Lösung der Tributfrage von einer gleichzeitigen Behandlung der Sicherheitsfrage abhängig zu machen. Wie verlautet, sollen die in Paris verhandelten Pläne in der Richtung laufen, daß auf der Abrüstungskonferenz als Gesamtergebnis neben der Herabsetzung der Rüstungsausgaben, dem Verbot der Bombenflugzeuge und der großen Geschütze ein politisches Sicherheitsabkommen abgeschlossen werde. Es muß daher erwartet werden, daß auf der Lausanner Konferenz die deutsche Regierung unter schärfsten Druck gesetzt wird, einer Regelung der Tributfrage mit der Annahme einer Regelung der Abrüstungsfrage zuzustimmen, die im schroffsten Gegensatz zu der bisherigen deutschen Haltung in der Abrüstungsfrage steht und zu einer Aufgabe der moralisch und rechtlich unbestreitbaren deutschen Standpunkte in der Gleichberechtigungsfrage führen würde. Die Lausanner Verhandlungen werden jedenfalls nach hiesiger allgemeiner Beurteilung zu außerordentlich schwierigen und ernsten Verhandlungen führen, deren Ergebnis bisher noch in keiner Weise zu übersehen ist.

Sie vertreten ihr Land auf der Lausanner Reparations-Konferenz

Oben: Die Führer der deutschen Delegation. Von links nach rechts: Reichskanzler von Papen, Finanzminister Graf Schwerin-Krosigk, Außenminister von Neurath, Wirtschaftsminister Prof. Dr. Warmbold.

Unten: Die Führer der ausländischen Delegationen. Von links nach rechts: Außenminister Grandi (Italien), Premierminister Macdonald und Außenminister Sir John Simon (beide England), Ministerpräsident Herriot (Frankreich).

Hetzjagd hinter Ellinor

Roman von Margarete Ankelmann

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[32

Sprachlos starrte der Mann auf die Frau vor sich, die gar keine Frau war, sondern sein Bruder John ...

„John ... ja, wie denn ... bist du es wirklich?"

Fassungslos griff sich der Amerikaner an die Stirn.

„Natürlich bin ich es, George."

John strich sich über das Haar, über die Stirn, sah dann zu George auf:

„Nun hast du mich um meine ganze Freude gebracht, George. Es hatte mir solchen Spaß gemacht, dich zu betören, George, und mit deiner Neugier hast du alles vernichtet."

„John, wie du nur aussiehst! Wie eine schöne, junge Frau! Laß dich jetzt genau betrachten; kein Mensch könnte auf die Idee kommen, daß du ein Mann bist. Du Schlingel, mich so aufs Glatteis zu führen! Und es ist dir wirklich gelungen, mich zu betören. Hast mich alten Knaben direkt in Verwirrung gebracht. Aber küssen kannst du, John ..."

„Na, weißt du, George, so als alter Knabe hast du auch nicht gewirkt. Und was das Küssen anlangt, das verstehst du auch recht gut. Ich hatte es fast schon mit der Angst bekommen, mein Mummenschanz könnte eine unglückliche Liebe für dich mit sich bringen. Denn ich hatte die feste Absicht, später heimlich und unerkannt zu entkommen. Wenn du mir nicht den Strich durch die Rechnung gemacht hättest."

Sie lachten beide.

„So, Kerlchen", sagte jetzt George, „zur Strafe für deine Tollheit mußt du den ganzen Abend über weiter deine Frauenrolle beibehalten. Warte nur, wenn erst die anderen kommen und auch aufs Glatteis geführt werden. Das wird einen Heidenspaß geben.

Bitte, nimm die Maske wieder um, schöne Faschingsfee. Ich wünschte nur, du würdest heute noch vielen Männern den Kopf verdrehen."

„Pfui, George!"

„Wie du das wieder gesagt hast, wie ein richtiges Mädchen! Ganz köstlich ist das, wie du eine Frau zu kopieren verstehst!"

Ellinor nahm die Maske um. Innerlich war sie dem Weinen nahe. Zu Ende war schon das schöne Spiel, noch kaum, ehe es begonnen hatte. Sie mußte George gegenüber wieder ein Mann sein, und es war so wunderschön gewesen, als er sie geküßt hatte.

Sie war vor Entsetzen bald gestorben, als er ihr die Maske abgerissen hatte. Und es war ihr noch immer unbegreiflich, daß sie sich so schnell in die Situation hatte hineinfinden können.

Sie war wirklich eine Abenteurerin. Sie war es, nichts konnte sie mehr aus der Fassung bringen. Sie schien der gefährlichsten Situation gewachsen zu sein. Oh Gott, wie schrecklich das alles war!

Sie sehnte sich nach ihrem Frauentum, nach den verlockenden Spitzen, nach der weichen Seide, die den Frauenkörper umgab. Wie im Fieberrausch hatte sie die Einkäufe gemacht für ihr Kostüm. Und als alles in ihr Hotelzimmer gebracht worden war — sie hatte sich für einen Tag in einem Hotel eingemietet, um ihr Kostüm nicht zu verraten, wie sie den Freunden gesagt hatte —, hatte sie geradezu mit Wollust in den Schätzen gewühlt, die sie erstanden hatte.

Ihre Glieder hatten gezittert vor Aufregung; sie hatte das heiße Gesicht in die Seide und in die Spitzen getaucht, war glücklich gewesen in dem Gedanken, endlich einmal wieder eine Frau zu sein ...

Vor dem Spiegel hatte sie gestanden, sich wie verzückt angestarrt und sich immer wieder an ihrem eigenen Anblick berauscht. Nichts erinnerte mehr an die halbverhungerte Ellinor Grey, mit dem gelben Gesicht, die im Gazeröckchen von einem Pferde zum anderen sprang und die die tollkühnsten Reiterkunststückchen vollbringen mußte. Und nichts mehr an die verhärmte Vorleserin der Lady Wilson, die blaß und müde durch die Straßen Londons schritt nach ihrer armseligen Behausung in Whitechapel.

Ellinor war sich selbst fremd geworden, als sie sich so im Spiegel sah. Und es war fraglich, ob irgendeiner aus ihrem früheren Leben sie würde erkennen können.

Jetzt, da wieder Frauenkleidung ihren Körper umspielte, kam es ihr vor, als ob sie nicht mehr die Kraft besäße, das Spiel weiterzuführen. Es schien ihr vorbei zu sein mit allem Scheinleben; der Drang nach ihrem Weibtum wurde groß und übermächtig.

Und dann, als sie George sah, den Mann, den sie liebte, war es wie ein Rausch über sie gekommen. Sie würde zu ihm gehen, in seine Loge, würde die Freiheit der Faschingsnacht dazu benutzen, ihn zu betören. Nichts anderes war in ihr, als ihre Liebe zu diesem Manne. Und alles hatte so schön begonnen und war so schnell zu Ende.

Ellinor war mitten in ihren Betrachtungen, als die anderen erschienen. Die erste Stunde ließ sie sich als Frau bewundern und verwöhnen, während George stillvergnügt in seiner Ecke saß und dem Treiben zusah.

Dann mußte sie sich demaskieren und rief ein ungeheures Hallo hervor. Man war die ganze Nacht über in der tollsten Laune und huldigte ihr weiter als Frau, was allen den größten Spaß bereitete.

Und Ellinor konnte nicht anders, mußte stillhalten, so lange, bis das Fest zu Ende war, bis sie nach Hause gehen und sich in einen Mann zurückverwandeln konnte.

Seit diesem Tage gaben die anderen keine Ruhe: John mußte öfters als Frau erscheinen. Es war ein lustiges Spiel, das allen Spaß machte und das Ellinor in einen Zwiespalt trieb.

So oft Gäste auf Schloß Malte erschienen, bestand der Clou darin, daß John verschwand und plötzlich als Frau auftauchte, zur Begeisterung all derer, die das Damenhafte des jungen Mannes nicht genug bewundern konnten.

Den ganzen Winter durch blieben George und John auf Schloß Malte.

(Fortsetzung folgt.)